

Bonn im April 2021

## Interview der GEW Bonn mit Jessica Rosenthal

*Jessica Rosenthal ist GEW-Mitglied, Lehrerin an einer Bonner Gesamtschule und seit Februar die Direktkandidatin der SPD im Wahlkreis Bonn für die Bundestagswahl. Der GEW-Stadtverband Bonn hat mit ihr gesprochen über mehr Kompetenzen für den Bund, Digitalisierung, Gesundheitsschutz und Fachkräftemangel.*

**GEW Stadtverband Bonn: Bildungspolitik ist in der Regel Ländersache. Das führt in der Praxis zu vielen unterschiedlichen Regelungen und Lösungsansätzen. Gleichwohl kooperieren Bund und Länder in vielen Bereichen, zum Beispiel gibt der Bund Finanzhilfen wie beim Digitalpakt Schule oder durch das Gute-KiTa-Gesetz oder er fördert Wissenschaft, Forschung und Lehre mit. Sollte der Bund mehr Kompetenzen erhalten?**

Jessica Rosenthal: Ja, der Bund muss gemeinsam mit den Ländern mehr Einfluss auf den Bildungsbereich nehmen können. Gerade im Bereich der Digitalisierung muss der Bund stärker unterstützen können, um einheitliche digitale Lernsysteme zu fördern. Die Bildungschancen eines Kindes dürfen nicht von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich sein. Deswegen muss auch der Bund mehr Kompetenzen in der Bildungspolitik erhalten.

**GEW: In Deutschland beträgt der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP 4,4 Prozent. Damit liegt Deutschland im internationalen Vergleich in der unteren Hälfte, in Norwegen zum Beispiel liegt der Anteil bei 7,9 Prozent, in Finnland bei 6,38 Prozent und in Großbritannien bei 5,4 Prozent. Die Investitionen in den Bildungsbereich müssen dringend erhöht werden. Woher kann Deutschland die Bildungsmilliarden nehmen?**

JR: Als SPD kämpfen wir schon lange für eine Vermögenssteuer für große Vermögen. Diese kann für die Finanzierung im Bildungsbereich genutzt werden. Gleichzeitig müssen Investitionen in die Bildung insgesamt höher priorisiert werden. Kaum eine Investition ist so nachhaltig wie die in die Bildung unserer Kinder. Deswegen wollen wir auch bei den Ausgaben den Bildungsbereich priorisieren, um allen Kindern unabhängig vom Geldbeutel der Eltern die beste Bildung zu ermöglichen.

**GEW: In NRW haben wir es mit vielen Langzeitbaustellen zu tun: Digitalisierung an Schulen, Schulstruktur, Inklusion, Sozialindex, Ganzttag, Fachkräftemangel, Bezahlung von Erzieher\*innen... Die Pandemie hat wie unter einem Brennglas die Schwächen schonungslos deutlich gemacht. Wo ist der Handlungsbedarf deiner Meinung nach am dringendsten?**

JR: Wir sehen derzeit an fast jeder Schule bei uns, dass wir massiv in die Infrastruktur investieren müssen. Dabei geht es nicht nur um mehr Geld für die digitale Ausstattung der Schulen, sondern auch um Investitionen in die Substanz. Es darf nicht sein, dass Kinder nicht in der Schule auf Toilette gehen wollen, weil die WCs so heruntergekommen sind. Schule ist nicht nur ein Lernort, sondern muss ein zweites Zuhause sein. Deswegen brauchen wir moderne Schulbauten, damit sich jedes Kind in der Schule wohlfühlt.

**GEW: An den Hochschulen kämpfen wir mit der Kampagne „Dauerstellen für Daueraufgaben“ gegen das Befristungsunwesen. Was muss sich auf längere Sicht im Wissenschaftsbetrieb ändern?**

JR: Die dauerhaften Befristungen im Wissenschaftsbetrieb müssen beendet werden. Forschung und Lehre sind gleichermaßen auf gute Wissenschaftler\*innen angewiesen. Deswegen müssen wir den Mitarbeitenden im Wissenschaftsbetrieb auch eine faire langfristige Perspektive bieten. Denn Dauerbefristungen, insbesondere mit kurzen Fristen, sorgen für Unsicherheiten bei den Mitarbeitenden und beeinträchtigen auch deren wissenschaftliches Leistungsvermögen. Es muss daher mehr dauerhafte Stellen jenseits der Professuren an den Universitäten geben. Nur so können wir weiter exzellente Forschung und Lehre an unseren Universitäten gewährleisten.

**GEW: Lehre und Studium finden aktuell unter Ausnahmebedingungen statt, mit weitreichenden Folgen für die Teilnahme an Lehrveranstaltungen, Prüfungsmodalitäten und Regelstudienzeit. Wie können ein qualitativvolles Studium gewährleistet und zugleich die Beeinträchtigungen der Studierenden minimiert werden?**

JR: Die Digitalisierung ist an den Universitäten lange verpasst worden. Gerade das erste Onlinesemester im vergangenen Frühjahr hat deutlich die Defizite in diesem Bereich aufgezeigt. Langfristig ist es wichtig, eine gute Balance zwischen digitaler Lehre und Präsenzlehre zu schaffen. Denn der Austausch in der Universität zwischen Dozierenden und Studierenden ist nicht digital ersetzbar. Deswegen ist es wichtig, dass nach der Pandemie gerade Veranstaltungen in kleineren Gruppen auch wieder in Präsenz stattfinden. Gleichzeitig bietet die Online-Lehre gerade bei Vorlesungen einige Vorteile, die wir auch nach der Pandemie weiter nutzen sollten.

**GEW: Für einige Studierende steht nach dem Studium das Referendariat an. Derzeit läuft auch das unter Corona-Bedingungen, dementsprechend sorgenvoll schauen viele auf die bevorstehende unterrichtspraktische Prüfung. Du hast selbst den Vorbereitungsdienst absolviert, wie könnte hier Abhilfe geschaffen werden?**

JR: Die aktuelle Situation stellt uns alle vor Herausforderungen. Ich kann mich noch gut an die Nervosität und den Stress vor Abschluss meines Referendariats erinnern. Bei den jetzt anstehenden Prüfungen ist es wichtig, in den jeweiligen Einzelfällen Lösungen zu finden, die die Interessen der Referendar\*innen sowie der Prüfungsordnungen gleichermaßen gut berücksichtigt, sodass am Ende die Prüfungen trotz Corona gut absolviert werden können.

**GEW: Alle Schulformen arbeiten derzeit im Spannungsfeld zwischen dem Recht auf Bildung, Bildungsgerechtigkeit und dem Recht auf Gesundheitsschutz. Von der Politik werden Lösungen gefordert, die allen Interessen Rechnung tragen. Eigentlich eine unlösbare Aufgabe, oder?**

JR: Nein, eigentlich nicht. Mit einer klaren Priorisierung der Bildung und den Interessen der Schüler\*innen und Lehrkräfte ließen sich gute Lösungen finden. Das würde jedoch auch bedeuten, dass wir bereit sein müssten, mehr Geld für Bildung auszugeben. Mit kleineren Lerngruppen, Unterstützung durch Studierende in den Schulen und mehr Lernräumen auch außerhalb der Schulen wären Unterrichtsmodelle möglich, die Bildungsgerechtigkeit und Gesundheitsschutz gleichermaßen gewährleisten würden. Leider ist die Politik insbesondere in Nordrhein-Westfalen hierzu nicht bereit, sodass die Interessen der Schüler\*innen, Lehrkräfte und Eltern weiterhin ungehört bleiben.

**GEW: Die Personalnot an den Schulen bekommt NRW seit Langem nicht in den Griff. Sie bedroht die Bildungsqualität, auch ohne Corona. Ein Faktor dabei ist die Besoldung. NRW weigert sich nach wie vor, gleichwertig ausgebildete Lehrkräfte gleich zu bezahlen. Will die Landesregierung eine verfassungskonforme Besoldung nicht finanzieren?**

JR: Es zeigt sich deutlich, dass die schwarz-gelbe Landesregierung kein Interesse hat, Grundschullehrer\*innen gerecht zu bezahlen – trotz anderslautender Versprechen der Bildungsministerin. Echte Lohngerechtigkeit gibt es nur mit der SPD. Grundschullehrkräfte leisten genauso viel wie ihre Kolleg\*innen an den weiterführenden Schulen. Deswegen muss auch die Bezahlung gleich sein!

**GEW: Die Digitalisierung von Schule und Unterricht hat innerhalb kurzer Zeit einen enormen Schub bekommen. Das ist einerseits begrüßenswert, hat andererseits zahlreiche Defizite offenbart, etwa bei Datenschutz, Fortbildungen und technischer Unterstützung. Wäre das nicht ein ideales Betätigungsfeld für den Bund?**

JR: Absolut! Gerade bei den Plattformen für digitales Lernen ergibt es nur wenig Sinn, dass jedes Bundesland sein eigenes Süppchen kocht. Hier fordern wir als SPD eine länderübergreifende Plattform des Bundes, die datenschutzkonform digitales Lernen für alle Schulen in unserem Land ermöglicht. Mit dem Digitalpakt haben wir bereits die Grundlage geschaffen, damit sich der Bund stärker in diesem Bereich engagieren kann. Jetzt müssen wir auch Nägel mit Köpfen machen und der digitalen Bildung in Deutschland den dringend benötigten Schub verpassen!

**GEW: Die Grundschulen müssen sich derzeit notgedrungen mit der Einführung neuer Lehrpläne befassen, weil die Landesregierung diese zum 1. August umgesetzt haben will. Nach Darstellung der Landesregierung ist das Ziel eine Fokussierung auf die Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen mit besonderem Augenmerk auf die Rechtschreibung. Was sagst du?**

JR: Das Rechtschreiblernen ist wichtiger Bestandteil in der Grundschule, darf jedoch nicht dem Schreiblernen insgesamt im Weg stehen. Denn durch zu starres Fokussieren auf Rechtschreibregeln schon während des Schreiblernprozesses kann schnell die Motivation der Schreibanfänger\*innen zunichtegemacht werden. Daher ist fraglich, ob dieser einseitige Schwerpunkt in den Grundschulen zielführend ist.

**GEW: Der Kita-Bereich ist ganz besonders vom akuten und sich weiter verschärfenden Fachkräftemangel bestimmt. Was können Land und Bund tun, um die Berufszufriedenheit zu fördern und den Beruf für junge Menschen attraktiver zu gestalten?**

JR: Es ist unverzichtbar, dass auch im Kita-Bereich eine bessere Bezahlung stattfindet. Erzieher\*innen leisten tagtäglich eine wichtige und unverzichtbare Arbeit. Das muss sich auch am Ende in der Entlohnung bemerkbar machen. Denn nur mit einer attraktiven Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen werden wir den Beruf für junge Menschen interessanter machen.

**GEW: Frühkindliche Bildung fokussiert sich zurzeit sehr stark auf den Bereich Betreuung, das heißt Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Frühkindliche Bildung heißt aber auch Bildung und Erziehung. Besonders der frühkindliche Bildungsbereich wurde in der Vergangenheit durch Studiengänge und Forschung stark gefördert, da man gemerkt hat, dass sie fundamental ist und die Entwicklung des Menschen darauf aufbaut. Sollte die Politik wieder mehr den Bildungsaspekt beleuchten?**

JR: Ja. Kinder sollen in der Kita nicht bloße Betreuungsobjekte sein. Bereits in der Kita wird die Grundlage für die Bildungskarriere eines Kindes gelegt. Natürlich ist es wichtig, dass Kinder in der Kita genügend Freiräume haben. Dennoch spielt auch die frühkindliche Bildung eine wichtige Rolle, gerade auch im Bereich der Integration und der Entwicklung sozialer Kompetenzen.

**GEW: Wenn du ab September als Bundestagsabgeordnete in Berlin sein solltest: Wirst du der GEW Bonn die Treue halten?**

Aber selbstverständlich! Ich bin seit vielen Jahren Mitglied der GEW und habe auch für sie gearbeitet und werde mich natürlich immer mit ihr verbunden fühlen!